

Respekt endet nicht an der Uniform

05.08.2026

Hass, Hetze und Gewalt gegen Einsatzkräfte, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und politische Mandatsträger sind längst kein Randphänomen mehr. Sie treffen nicht nur die Betroffenen persönlich, sondern gefährden die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates und das Vertrauen in seine Institutionen.

Kritik an staatlichem Handeln ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Zunehmend richtet sich die Ablehnung jedoch nicht mehr gegen Entscheidungen oder Maßnahmen, sondern gegen die Menschen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen und den Staat repräsentieren.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte erleben im Dienst immer häufiger Beleidigungen, Bedrohungen und Einschüchterungsversuche. Nicht selten münden diese in körperliche Angriffe. Gleichzeitig sehen sich auch Rettungskräfte, Justizbeschäftigte, kommunale Mitarbeitende sowie Politikerinnen und Politiker einer wachsenden Zahl persönlicher Anfeindungen ausgesetzt.

Besonders alarmierend ist die Verlagerung solcher Angriffe in das private Umfeld. Persönliche Daten werden missbräuchlich genutzt, Wohnanschriften veröffentlicht oder Familien gezielt unter Druck gesetzt. Digitale Nachstellungen und Bedrohungen gehören für viele Betroffene inzwischen zur Realität.

Wer diejenigen angreift, die für Sicherheit, Recht und Ordnung eintreten, greift letztlich die Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens an. Der Staat darf seine Beschäftigten mit diesen Risiken nicht allein lassen.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Niedersachsen fordert deshalb einen wirksamen Schutz vor Nachstellungen, Einschüchterungen und digitaler Hetze sowie einen besseren Schutz personenbezogener Daten. Ebenso notwendig sind eine konsequente Strafverfolgung von Hasskriminalität, Bedrohungen und Angriffen auf Staatsbedienstete.

Respekt gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bedeutet nicht den Verzicht auf Kritik. Er ist Ausdruck des Respekts vor dem Rechtsstaat und den Menschen, die seine Aufgaben täglich erfüllen.

Der BDK Niedersachsen wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass diese Menschen die notwendige Wertschätzung, den erforderlichen Rückhalt und einen wirksamen Schutz erhalten.

Stefan Franz
Stellv. Landesvorsitzender

PDF

Schlagwörter
Niedersachsen
diesen Inhalt herunterladen: **PDF**